

Liebe Studierende,

wir freuen uns sehr euch heute so zahlreich zur Vollversammlung der Student*innen der Uni Freiburg zu begrüßen. Die Vollversammlung ist, abgesehen von der Urabstimmung, das höchste beschlussfassende Organ der Studierendenschaft, und das Besondere, ihr alle seid stimmberechtigt, ganz unabhängig, ob ihr für irgendein Amt gewählt wurdet, sondern einfach schon dadurch, dass ihr an der Universität eingeschrieben seid.

Ganz im basisdemokratischen Sinne der Organisation der Studierendenschaft ist es wichtig, dass ihr die Gelegenheit wahrnehmt, euch einmal im Jahr, unabhängig eures Studienfaches, mit eurer Meinung zu aktuellen hochschulpolitischen Fragestellungen einbringt. Denn, auch wenn der ganze Verwaltungsapparat einer Hochschule nicht gerade niederschwellig zugänglich ist, sind wir alle direkt betroffen von Entscheidung, die etwa Studienfinanzierung, Wohnpolitik, Prüfungsordnungen uns so weiter betreffen.

Gerade deshalb freuen wir uns auch darüber, dass das Referat für Hochschulpolitik heute Anträge zur Anwesenheitspflicht und zur Symptomangabe in Attesten einbringen wird.

Nun möchten wir euch aber zunächst kurz die wichtigsten Ereignisse und Entwicklungen des vergangenen Jahres berichten.

Nachdem im vergangenen Jahr die Landesregierung ihre Pläne zur Einführung von Studiengebühren offenbarte, formierte sich in Freiburg großer Protest.

So wurde heute vor einem Jahr, im Anschluss an die letzte Vollversammlung, das Audimax besetzt und mehrere Protestaktionen, beispielsweise Demonstrationen schlossen sich an. Auf studentische Initiative sprach sich schließlich auch der Senat, als wichtigstes Gremium der Uni, gegen die Einführung der Gebühren aus.

Trotz des großen Einsatzes dahingehend, die Gebühren zu verhindern, wurden sie dennoch eingeführt und werden seit diesem Wintersemester erhoben. Dabei zeigt sich, dass die Befürchtungen der Studierenden tatsächlich eingetroffen sind. Im Vergleich zum letzten Jahr gab es in Freiburg, wie auch an anderen Universitäten, einen großen Einbruch hinsichtlich der Studierendenzahlen. Landesweit gibt es einen Rückgang von 21,6% bei den internationalen Studierenden. Die Anzahl der Zweitimmatrikulierten ist an der Uni Freiburg extremst zurückgegangen: während im Vorjahr noch 230 Zweitstudierende sich eingeschrieben hatten, sind es nun nur noch 66!

Darüber hinaus war der Andrang auf die 5%-Befreiungsquote extrem hoch und zeigt somit, dass viel mehr Menschen eine Befreiung benötigen, als es ermöglicht werden kann. Der verwaltungstechnische und finanzielle Aufwand für die Universitäten ist so enorm, dass die Uni finanziell gesehen rote Zahlen schreibt, nicht zu schweigen vom Verlust des internationalen Austauschs. Weitere Bundesländer wie NRW und das Saarland haben nun mit Rückblick auf Baden-Württemberg angekündigt, dass sie die Einführung von Studiengebühren ebenfalls erwägen.

Nach wie vor stellen die Studiengebühren eine extreme Form von Diskriminierung und Ausschluss dar, gefährden den internationalen Austausch an der Universität und tragen zu einer Elitenförderung bei (denn nun kann nur noch kommen, wer es sich leisten kann). Mehrere Betroffene in Baden-Württemberg haben daher Klage eingereicht und werden dabei von einem breiten Bündnis unterstützt, dem auch die Studierendenvertretung der Uni Freiburg angehört. Wir hoffen auf diesem Weg diese diskriminierenden Studiengebühren nachträglich verhindern zu können.

Auch in diesem Jahr organisierten wir, gemeinsam mit unseren Vorgänger*innen ein vielfältiges Programm für die neuen Erstis. Wie jedes Jahr haben wir ein ziemlich umfangreiches Heft mit allen wichtigen Informationen zum Semesterstart herausgebracht und unter den Erstis verteilt. Dieses wurde sehr gut angenommen. Außerdem haben wir bei einigen Begrüßungsveranstaltungen kurze

Reden gehalten. Highlight der Woche war ohne Zweifel der Markt der Möglichkeiten im Dreisamstadion. Auch hier durften wir die Erstis und deren Verwandtschaft mit einer Rede begrüßen, anschließend gab es an über 50 Ständen Infos rund um studentisches Engagement an der Uni und die Studierendenvertretung. Der Markt der Möglichkeiten war wie in den letzten Jahren sehr gut besucht und wir freuen uns schon auf die nächste Auflage. Des weiteren gab es in den ersten Wochen des Semesters einige Stadtführungen, um den neuen Studierenden das schöne Freiburg ein bisschen näher zu bringen.

Im September diesen Jahres stellte die CDU eine große Landtagsanfrage mit dem Titel „Linksextremismus in Baden-Württemberg“. In dieser Anfrage möchte die CDU erfahren, mit welchen Methoden zu G20-Protesten mobilisiert wurde.

Der Teil der Anfrage, welcher von den Studierendenschaften zu beantworten war, beschränkt sich hierbei aber keineswegs auf das Handeln dieser. Generell soll Auskunft über alle studentischen Gruppen im Hinblick auf die G20-Proteste gegeben werden.

Plötzlich sollen, so kann man den Eindruck gewinnen, die Verfassten Studierendenschaften als eine Art Ermittlungsbehörde fungieren, und binnen drei Tagen sämtliche Informationen, die von irgendeiner politischen Relevanz für die Anfrage zu sein scheinen, zusammentragen. Was dies mit der gesetzlich verankerten Selbstverwaltung der Studierendenschaften zu tun hat, ist uns weiterhin schleierhaft.

Gut einen Monat später erreichte uns eine weitere Anfrage, diesmal von der Landtagsfraktion der AfD. Es soll Auskunft darüber gegeben werden, wie externe Gruppen, Initiativen und allen voran die autonomen Referate finanzielle, sowie anderweitige Unterstützung erhalten.

Im Sinne einer transparenten Selbstverwaltung sind diese Daten in unserem Falle in Protokollen und Haushaltsübersichten auf der Website einsehbar. Die Zusammenstellung dieser Daten wäre jedoch mit einem nicht zu stemmenden Arbeitsaufwand verbunden, aber die politische Dimension ist noch viel größer:

Gerade die Aufforderung, Auskunft über die autonomen Referate zu geben, lässt sich als einen klaren Angriff auf Minderheiten und marginalisierte Gruppen verstehen. So bieten Referate wie das Regenbogenreferat hart erkämpfte Schutzräume für LBTIQ. Durch die Aufforderung, diese Räume offenzulegen, verlieren diese zum einen ihren Schutzstatus, und werden weiter noch politisch delegitimiert. Zum anderen werden, wenn man manche Gruppen bedenkt, die mitunter der AfD politisch nahe stehen und gewaltbereit sind, gewalttätige Angriffe auf ebendiese Schutzräume weiter provoziert.

Die Beweggründe solcher Landtagsanfragen scheinen klar. Es wird systematisch versucht, die Verfassten Studierendenschaften, deren politische Arbeit der AfD ein Dorn im Auge sein dürfte, bis auf das kleinste Detail zu durchleuchten. Dass hierbei Informationen angefragt werden, die frei zugänglich sind, macht das Anliegen nicht weniger brisant.

Dies sind Entwicklungen, die weit entfernt sind von den, im Landeshochschulgesetz festgelegten, Aufgaben und Verantwortungen der Verfassten Studierendenschaften, zu denen nicht zuletzt die Vertretung der Belange der Studierenden zählt.

Außerdem bedeuten derartige Anfragen einen sehr großen zeitlichen Arbeitsaufwand.

Die Verfassten Studierendenschaften werden über verpflichtende Gebühren von Studierenden finanziert. Wenn von ihren Vertreter*innen erwartet wird, Parteien zuzuarbeiten und zB frei zugängliche Informationen aufzuarbeiten, wird diese Arbeit aus dem Geld Studierender finanziert. Und diese Arbeit hat nichts damit zu tun, die Belange Studierender zu vertreten, sondern im Gegenteil damit, dass die Gruppe der Studierenden unter Generalverdacht gestellt wird.

Am 25. August wurde das Verbot der Internetplattform „indymedia.linksunten“ bekannt. In Freiburg wurden Wohnungen durchsucht und alles was darin halbwegs technisch aussah beschlagnahmt. Gut eine Woche später erfuhren wir, dass im Rahmen der Durchsuchungen zwei Datenträger der Verfassten Studierendenschaft der Uni Freiburg beschlagnahmt wurden.

Nach Einigem an Nachfragen wurden uns die Datenträger wieder ausgehändigt, aber von den darauf verschlüsselt gesicherten Dateien wurden vom LKA Kopien angefertigt. Begründung hierfür war zunächst, dass man einem möglichen Vorwurf von unserer Seite, die Dateien seien manipuliert worden, vorbeugen wolle. Nachdem wir das überprüft und versichert haben, dass wir diesen Vorwurf nicht erheben würden, und gefordert haben, die kopierten Dateien nicht zu speichern, erhielten wir länger keine Antwort.

Hierauf wurde seitens unseres Anwalts mit der Einleitung gerichtlicher Schritte gedroht. Daraufhin erhielten wir in einem Schreiben Klarheit darüber, was der eigentliche Grund für das Anfertigen der sogenannten Sicherungskopien bei den Behörden war.

So heißt es in diesem Schreiben:

"...wird seitens des BMI mitgeteilt, dass eine Auswertung der in Rede stehenden Daten aufgrund der teilweisen Kryptierung bislang nicht erfolgen konnte. Die Beschlagnahme der beiden Datenträger ist durch den entsprechenden Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss des VG Freiburg...gedeckt, da nicht von vornherein ausgeschlossen werden kann, dass die Daten Belege über die Zugehörigkeit von (...) zum Verein „linksunten.indymedia“ und/oder über die Aktivitäten des Vereins enthalten. Die Daten könnten daher für das laufende Verfahren gegen die Verbotsverfügung vor dem Bundesverwaltungsgericht von Bedeutung sein.

...

Sobald die Auswertung der Daten erfolgt ist, werden wir wieder auf Sie zukommen."

Uns wird nicht einmal die Unterstützung oder Förderung von indymedia.linksunten vorgeworfen, für uns ist dementsprechend auch völlig unklar, wie dieses Vorgehen in irgendeiner Weise von einer Rechtsordnung gedeckt sein soll.

Auf dem Datenträger befinden sich zudem Daten mit hohem datenschutzrechtlichem Stellenwert. Genauer gesagt handelt es sich um die Daten aller 25.000 Studierenden der Uni Freiburg in Form von Wähler*innenverzeichnissen, die kompletten Personal- und Arbeitnehmer*innendaten der VS, sämtliche Lohnabrechnungen mit Kontakten und den Kontodaten auch aller Referent*innen und Angestellten seit der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft im Jahr 2013. Weiterhin befinden sich dort die Datenarchive der Zeit vor 2013 und Bilddokumentationen von universitären Protestaktionen. Anders gesagt: das gesamte studentische Innenleben unserer Universität.

Die Behörden und das Innenministerium würden also Kenntnis von allen Unterlagen, Namen und Anwaltskorrespondenzen etc. erhalten, die beispielsweise bei der Vorbereitung der Klagen gegen die Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen angefallen sind.

Dieses Vorgehen ist im Hinblick auf den Datenschutz überaus bedenklich, und nach unserer Auffassung grob rechtswidrig.

Anstatt, dass man also die Gründe studentischen Protest hinterfragt, und sich etwa auf Debatten zu Bildungs- und Sozialpolitik einlässt, die durchaus von der studentischen Sicht profitieren würden, wird überaus willkürlich immer mehr die Arbeit der Student*innenschaften, und auch vieler weiterer, teils studentischer und politisch aktiver Gruppen, torpediert.

Diese vermeintliche Scheu vor der Konfrontation mit studentischen Gruppen ist überaus gefährlich. Mehr und mehr werden politische Aktivist*innen in Rechten wie der Meinungs- und Pressefreiheit massiv eingeschränkt, und mehr und mehr wird die Arbeit jener Gruppen behindert. So schwer das

auch fallen mag, darf diese Entwicklung aber nicht ein Ende des Engagements bedeuten, sondern kann gerade Anlass geben, sich zu wehren.

Ihr habt jetzt gleich die Möglichkeit, Nachfragen zu diesem Bericht zu stellen, aber falls ihr generelle Anliegen habt, könnt ihr euch damit natürlich auch sehr gerne an uns richten und zu unseren Sprechzeiten vorbeikommen oder uns eine Email schreiben, die ihr beide auf der Website der Studierendenvertretung finden, stura.org. Dort findet ihr auch weitere Informationen über die Struktur der VS und unser Serviceangebot.

Wir danken euch für eure Aufmerksamkeit, freuen uns jetzt auf spannende Diskussionen zu den verschiedenen Anträgen und wünschen euch schon jetzt ein schönes Winterfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.